

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

10.4.1930 (No. 86)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amenb,
Karlsruhe

Preis: Monatlich 3,25 RM, einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigensatz: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwanzigtägiger Forderung und Kontroversen fällt der Fall die Zeitung verläßt, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Chiles

Der zum Chilenischen Wahlkonsul in Stuttgart ernannte Herr Juan Roman Zwiier ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Die Rheinregulierung Straßburg-Istein

Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde am Mittwoch der deutsch-schweizerische Vertrag über Regulierung des Rheins zwischen Straßburg—Rehl und Istein genehmigt, der übrigens noch dem Verkehrsauusschuss zugeleitet werden wird.

Gesandter Seeliger (Auswärtiges Amt), führte als Berichtserstatter aus, daß durch den Vertrag von Versailles Frankreich unter gewissen Bedingungen das Recht erhalten habe, Wasser dem Rhein zu entnehmen, zur Speisung von Schiffahrts- und Bewässerungsanlagen. Diese Artikel des Versailler Vertrages, die also Frankreich das Recht geben, den Rhein abzuleiten und die gewonnenen Wasserkraften für sich zu verwenden, sind eine außerordentlich harte Bedingung, die uns auferlegt wurde. Eine Milderung der Wirkungen dieser Bestimmungen, konnte nach Lage der Sache nur durch ein aktives Zusammengehen mit der Schweiz in der Regulierungsfrage ermöglicht werden. Die Abmachungen der Schweiz und Deutschlands sollen die Regulierung des Rheins zwischen Straßburg und Basel sicherstellen, um die schwere Schädigung durch Ableitung des Rheins wenn nicht zu beseitigen, so doch zu mildern und außerdem Baden die Möglichkeit geben, als Rheinuferstaat am Rhein auf dieser Strecke als Schiffahrtsstraße teilzunehmen. Zugleich aber sollte die Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Schiffahrtsstraße des Rheins durch den beschleunigten Ausbau der Wasserkraften zwischen Basel und dem Bodensee, sowie die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, bis zum Bodensee ausgedehnt werden. Dieses Ziel ist von außerordentlich allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, insbesondere da die Durchführung des Vertrags nur verhältnismäßig geringe Mittel erforderlich macht.

In der Aussprache nahmen u. a. Reichsverkehrsminister Dr. von Guérard, Reichsaussenminister Curtius, sowie Vertreter fast aller Parteien das Wort.

Die letzte Fahrt der Königin von Schweden

Für die verstorbene Königin von Schweden fand Mittwoch vormittag in der deutschen evangelischen Kirche in Rom eine feierliche Totenandacht statt. Die Ansprache hielt ein schwedischer Pfarrer, während der deutsche Pfarrer Kaltenborn-Schlau das Gebet sprach. Tief ergriffen folgte König Gustav von Schweden der stimmungsvollen Feier, an der auch der König von Italien, Ministerpräsident Mussolini und sämtliche Minister der italienischen Regierung, der Prinz von Hessen, die Prinzessin von Baden, die fürstliche Familie Fürstenberg, der deutsche Botschafter von Neurath sowie auch die übrigen, in Rom akkreditierten Diplomaten teilnahmen.

Nach der Totenandacht wurde der Sarg mit der schwedischen Fahne bedeckt und in feierlichem Zuge nach dem Bahnhof gebracht. Der Leichenzug wurde von der Menschenmenge, die besonders in der Nähe des Bahnhofs die Straßen dicht umfüllte, mit eifrigstem Interesse begrüßt. Der Sarg wurde in einem Eisenbahnwagen aufgebahrt, der sich inmitten des aus zwei Lokomotiven und sechs Schlafwagen bestehenden Zuges befindet. Nachdem die Anwesenden der verstorbenen Königin die letzten Ehren erwiesen hatten, bestiegen der König und sein Gefolge den Zug, um die Heimfahrt nach Schweden anzutreten.

Der Sonderzug fährt über Austerlitz—München—Berlin nach Swinemünde. In Berlin wird nur ein Bahnhof an der Peripherie berührt. Die Überführung des Sarges vom Bahnhof Swinemünde auf ein schwedisches Kriegsschiff erfolgt unmittelbar nach dem Eintreffen, und die Kriegsschiffe fahren noch in derselben Nacht ab. Im Benehmen mit den schwedischen Kriegsschiffen wird ein Krauerlaut abgefeuert. Im Auftrag des Reichspräsidenten und der Reichsregierung legt die deutsche Gesandtschaft in Stockholm Kränze am Sarge nieder.

München, 10. April. (Tel.) Der Sonderzug mit der Leiche der Königin von Schweden traf am Donnerstagvormittag kurz vor 9 Uhr in München ein. Im Zuge befanden sich der König von Schweden und dessen Bruder, Prinz Wilhelm. Zum Empfang am Bahnhof hatten sich u. a. der schwedische Konsul in München, Kommerzienrat Aufhäuser, als Vertreter der bayerischen Staatsregierung Frhr. v. Stengel und Oberbürgermeister Dr. h. c. Schwanagl, sowie zahlreiche Damen und Herren der schwedischen Kolonie in München eingefunden. Reiche Blumen- und Kränzpenden wurden niedergelegt. Um 9.12 Uhr verließ der Sonderzug die Bahnhofshalle zur Weiterfahrt nach dem Norden.

Vergleich zwischen Staat und Kirche in Anhalt

Desau, 10. April (Tel.) Die endgültige außergerichtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Anhalt ist heute erfolgt. Der Anhaltische Landtag nahm den Bescheidentwurf, der diese Auseinandersetzung regelt, in dritter Lesung und damit endgültig an. Der Staat zahlt der Kirche während einer jährlichen Summe von 300 000 M.

Letzte Nachrichten

Um das Finanzkompromiß Neue Verhandlungen

BDZ. Berlin, 10. April. (Tel.) Am heutigen Donnerstagvormittag verammelten sich die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien beim Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer. Der Zweck der Zusammenkunft war zunächst die Unterzeichnung des am Dienstag verabredeten Finanzkompromißantrages, der bereits heute im Plenum des Reichstages eingebracht werden sollte. Inzwischen waren jedoch neue Schwierigkeiten aufgetaucht. Vor allem verfuhr man, auch die Bayerische Volkspartei zur Beteiligung an dem Kompromiß zu bewegen. Wie verlautet, sind die Bayern aber nur für eine Biersteuererhöhung bis zu 35 Proz. zu haben. Infolgedessen zogen sich die Besprechungen der Parteiführer stundenlang hin.

Gegen 1 Uhr wurde das Finanzkompromiß von den Parteiführern unterzeichnet, mit Ausnahme der Biersteuererhöhung, über die mit der Bayerischen Volkspartei noch verhandelt wird.

Die Arbeitslosenversicherung

BDZ. Berlin, 10. April. (Tel.) Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde heute der Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Arbeitslosenversicherung mit 12 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen abgelehnt. Auch die wesentlichen Teile der ursprünglichen Regierungsvorlage wurden abgelehnt.

Den Regierungsentwurf erläuterte Ministerialdirektor Dr. Weigert (Reichsarbeitsministerium). Danach soll der Vorstand der Reichsanstalt den Beitrag einheitlich für das Reichsgebiet bis auf 4 Proz. zum Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben festsetzen können. In Artikel 2 wird bestimmt, daß der für die nächsten fünf Jahre aus Boleinnahmen jährlich an die Invalidenversicherung abzuführende Beitrag von 40 Millionen Reichsmark nunmehr zur Entlastung des Reichshaushaltes auf zehn Jahre verteilt werden soll.

Abg. Aufhäuser (Sozdem.) erklärte, daß sich die sozialdemokratische Fraktion auf den Boden der Regierungsvorlage stellen werde. Sie verlange jedoch die Streichung des Artikels 2. Von allen hinter der Regierung stehenden Parteien war ein Kompromißantrag eingebracht worden, der dem schon in der vorigen Regierung mit Ausnahme der Sozialdemokraten zustande gekommenen Kompromiß entspricht. Danach soll es bis auf weiteres bei dem Beitrag von 3 1/2 Proz. bleiben; für 1930 soll der Reichszuschuß 130 Millionen betragen; reichen dennoch die Mittel nicht aus, so soll das Reich Darlehen gewähren mit der Maßgabe, daß die Regierung eine Gesetzesvorlage einbringt, die entweder durch Erhöhung des Beitrages die Rückzahlung ermöglicht oder durch eine Reform des Gesetzes die notwendigen Mittel sicherstellt.

Einderung des Reichseisenbahnrates

BDZ. Berlin, 10. April (Tel.) Der Reichsverkehrsminister hat zum 1. Mai dieses Jahres den Reichseisenbahnrat nach Berlin einberufen, insbesondere um seine Stellungnahme zum dem Antrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf Erhöhung der Personen- und Gültartarife einzuholen.

Quenay in Basel

BDZ. Basel, 10. April. (Tel.) Pierre Quenay von der Banque de France, der bekanntlich als Generalkommissar der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Aussicht genommen ist, ist in Basel eingetroffen, um festzustellen, wie weit die Vorbereitungsarbeiten am früheren Savoy-Hotel Univers für die Aufnahme der Viroriamlichkeiten der BDZ. gediehen sind. Die erste Sitzung des Verwaltungsrates der BDZ. findet laut Schweizer Depeschagentur am 22. April unter der Voraussetzung statt, daß es dem italienischen Parlament bis dahin möglich geworden ist, den Haugeplan zu ratifizieren.

Bombenwürfe und Luftverteidigung Eine Oberhausdebatte

BDZ. London, 10. April. (Tel.) Im Oberhaus kam es gestern abend zu einer längeren Debatte über die britischen Luftstreitkräfte, in deren Verlauf der ehemalige Chef des Reichsgeneralstabes, Lord Cavan, und Feldmarschall Lord Plumer, der im Weltkrieg die zweite Armee befehligte, harte, sich nachdrücklich gegen Bombenangriffe auf feindliche Ortschaften aussprachen, weil dadurch hauptsächlich die Zivilbevölkerung betroffen werde.

Der Luftfahrtminister, Lord Thomson, äußerte in seiner Antwort, der Krieg sei stets unumgänglich und es könne keinen großen Unterschied zwischen der Wirkung einer Bombe und einer Granate sehen. Er erwähnte noch, daß in diesem Jahre Frankreich seine Luftflotte um vier Geschwader und Amerika die seine um 4 1/2 Geschwader verstärkte. Was England betreffe, so sei auf die im Plan von 1929 für dieses Jahr vorgesehenen drei neuen Geschwader verzichtet worden. Aber er sei überzeugt, daß die britische Luftstreitmacht stark genug sei, um jedem anderen Land den Nutzen eines Luftangriffs gegen englisches Gebiet als zweifelhaft erscheinen zu lassen.

* Gefahren des Eiltempo

Der Reichswirtschaftsminister Dietrich hat gestern auf dem Industrie- und Handelstag den Satz geprägt, daß ein Teil der Arbeitslosigkeit als die Folge des Systems unserer Arbeitslosenversicherung selbst zu betrachten sei. Er war davon ausgegangen, daß das Dogma, der heutige Stand der Dinge bei der Arbeitslosenversicherung sei unantastbar, nunmehr zerbrochen sei. Die Reform selbst denkt sich Dietrich so, daß sie auf der Grundlage genauer Untersuchungen zu einem Resultat führen müsse, die dem wirklich bedürftigen Arbeitslosen sein Recht lasse, aber die Konstruktion des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ ändere. Hier wird also nochmals ausdrücklich anerkannt, daß an eine Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung dort, wo mit Recht Arbeitslose zu unterstützen sind, nicht gedacht wird, sondern daß man durch eine Reform die Arbeitslosenversicherung nur von jenen Lasten befreien will, die ganz unnötigerweise auf ihr ruhen und dazu führen, daß sowohl viele die Wohltaten der Versicherung in Anspruch nehmen, ohne dazu wirklich berechtigt zu sein und ohne den Nachweis erbracht zu haben, daß sie nach Erschöpfung aller anderen Unterhaltungsmöglichkeiten brot- und erwerbslos sind.

Jeder Sachkundige weiß, wie die Reformen der Arbeitslosenversicherung auszuwirken hätten, um sie in den Dienst einer wahren sozialen Fürsorge zu stellen und ihr das peinliche Odium zu nehmen, sie bilde einen Anreiz zum Faulenzen auf Kosten der Allgemeinheit. Nicht mit Unrecht deutet man auf das Beispiel der noch nicht so alten Sozialversicherung in England hin, wo der Zustand gleichfalls heute schon so ist, daß die Rassen nicht mehr ausreichen, um die Ansprüche zu befriedigen, weil eben durch ganz eigentümliche Paragrafen die Möglichkeit zur mißbräuchlichen Ausnutzung der Versicherung geschaffen worden ist.

Nur muß man sich bei alledem fragen, warum es so lange gedauert hat, bis man dies alles eingesehen und daraus die einzig richtige Konsequenz gezogen hat. Die gleiche Frage wirkt sich auf, wenn man überhaupt die Vorgänge der letzten Zeit in Berlin betrachtet. Daß sich die Reichskasse in einem völlig desolaten Zustand befand, wußte man schon seit 1 1/2 Jahren. Warum hat man es so weit kommen lassen, daß sich die Situation bis zur Katastrophe zuspitzen mußte? Daß die Landwirtschaft und mit ihr die gesamte Wirtschaft Deutschlands in einer schreckenerregenden Krise steck, wußte man ja auch schon seit mindestens 1 1/2 Jahren. Warum hat man nicht schon längst die Arbeiten in Angriff genommen, die hier Erleichterung bringen? Jetzt soll alles womöglich in einem Tage nachgeholt werden! Und den Mitgliedern des Kabinetts Drining erwächst jetzt die Aufgabe, das im Handumdrehen zu erledigen, was man eigentlich im Lauf des letzten Jahres mit aller Ruhe und Besonnenheit längst hätte erledigen können.

Bei einem solchen Eiltempo ergibt sich ohne weiteres die Gefahr, daß die Gesetze nicht in allen Einzelheiten reiflich durchdacht und zu rasch verabschiedet werden. Die Bedenken zum Beispiel, die jetzt vom Industrie- und Handelstag gegenüber dem Agrarprogramm Schiefes angemeldet werden, sind immerhin so ernst und in so ruhiger und sachlicher Weise begründet, daß man sie gründlich prüfen mußte. Aber wie soll das möglich sein, wenn man schon bis Ostern das ganze, große Werk der Reichsfinanzreform und der Agrarhilfe erledigt haben will?

Ist es schon an und für sich bei allen steuerpolitischen Maßnahmen nicht ganz zu vermeiden, daß hier und da einmal etwas danebengegriffen wird, und daß die beschlossene Steuer nur eine 55prozentige Güte aufweist, so kann das Eiltempo der Arbeit gleichfalls nur in bedenklicher Weise auf die Ergebnisse steuerpolitischer Reformtätigkeit einwirken. Wir müssen also vernünftigerweise von vornherein damit rechnen, daß das Werk, das jetzt hoffentlich zustande kommen wird, in einzelnen Punkten Schönheitsfehler und korrekturbedürftige Stellen haben wird. Aber das muß man in Kauf nehmen, da die Zeit drängt, und da schließlich alle diese Punkte Kleinigkeiten sind im Verhältnis zu dem Werk als Ganzem und seiner Erledigung.

Von diesem Standpunkte aus muß man auch das Kompromiß des gestrigen Tages betrachten. Gestern mittag sah es so aus, als ob die Regierungsparteien sich überhaupt nicht einigen könnten. Am Nachmittag hat man sich dann auf ein Kompromiß geeinigt, das statt

Mit der Beilage: 47. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

einer Biersteuererhöhung von 75 Proz. eine solche von 50 Proz. bringt, mit der Einschränkung, daß kleinere Brauereien bis zu 10 000 Hektoliter Ausstoß davon nicht betroffen werden sollen, daß man die allgemeine Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Proz. erhöht, und daß eine Sonderumsatzsteuer (sogenannte „Warenhaussteuer“) auf Umsätze letzter Hand gelegt wird, welche über eine Million Reichsmark hinausgehen; diese Sonderumsatzsteuer solle 0,5 Proz. betragen. Die Tabaksteuernovelle wird in ihrer alten Form wieder hergestellt, und die inzwischen abgelehnte Mineralwassersteuer wird gleichfalls wieder hergestellt.

Man verspricht sich von diesen Steuererhöhungen einschließlich der Erhöhung des Kaffee- und Teezolls und der 50 Millionen aus der Industriebelastung eine Summe von 532 Millionen. Davon bekäme das Reich 356,2 Millionen, und die Länder bekämen 175,8 Millionen. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß ihm diese Summen zur Deckung genügen würden.

An der Annahme der Deckungsvorlagen im Reichstag ist wohl kaum zu zweifeln, da gestern die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei der Reichstagsfraktion vollkommene Handlungsfreiheit überlassen hat. Dieser Beschluß wird allgemein dahin verstanden, daß die Fraktion, wenn sie es für richtig hält, dem Finanz- und Steuerprogramm und dem Agrarprogramm — beide haben als ein miteinander verbundenes Ganzes zu gelten — zustimmen kann.

Das Kompromiß, das gestern beschlossen worden ist, wird wahrscheinlich wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer auf Kritik innerhalb der Wirtschaft stoßen. Und die Frage ist heute schon berechtigt, ob bei einer so schlechten Wirtschaftslage das erwartete Mehrertragnis aus der Umsatzsteuer herauskommen wird. Die Kaufkraft ist so niedrig, und die meisten Wirtschaftsbetriebe haben mit so geringem Nutzen zu rechnen, daß man eigentlich nicht weiß, von wem nun die von der Umsatzsteuererhöhung erhofften 110 Millionen aufgebracht werden sollen. Aber, wie schon oben gesagt, man wird sich im Hinblick auf die Bedeutung des Werkes in seiner Gesamtheit mit solchen kritischen Punkten abfinden müssen.

Vorläufig kein Reichsschulgesetz. Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde regierungsfreudig auf eine deutschnationale Anfrage mitgeteilt: Bevor nicht die dem Reiche aus dem gegenwärtigen Zustand erwachsenden finanziellen Schwierigkeiten restlos beseitigt seien, sehe sich die Reichsregierung nicht in der Lage, irgendwelche gesetzgeberischen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die wie ein Reichsschulgesetz geeignet seien, das Reich oder die Länder mit neuen Ausgaben zu belasten.

Unterbrechung der deutsch-litauischen Verhandlungen. Die in Romo seit dem 31. März geführten deutsch-litauischen Verhandlungen über die Regelung der Beamtenbesoldung und Sprachenfrage im Memelgebiet wurden wieder unterbrochen. Sie haben auch diesmal zu keinem Ergebnis geführt. Wann sie fortgesetzt werden, ist nicht bekannt.

Kommunistische Geheimdruckerei. Die Berliner Polizei hat wiederum eine kommunistische Geheimdruckerei, in der größere Mengen kommunistischer Parteipublikationen gedruckt wurden, beschlagnahmt.

Verfassungsänderung in Danzig. Der Danziger Volkstag überwies einen von den Nationalliberalen eingebrachten Gesetzentwurf zur Abänderung der Danziger Verfassung dem Verfassungsausschuß. Der Antrag bezweckt eine Verkleinerung des Volkstages auf 72 Abgeordnete und die Beschränkung des Senats auf 12 Mitglieder, von denen 5 hauptamtlich, die übrigen nebenamtlich tätig sein sollen. Weiter soll durch die Vorlage die bisher in der Verfassung nicht vorgesehene Möglichkeit einer Selbstauflösung des Volkstages herbeigeführt werden.

Der neue Staatspräsident von Lettland. Albert Kvišis, der Vizepräsident des Senats und Abgeordneter des Bauernbundes, wurde mit 55 gegen 36 Stimmen zum Staatspräsidenten von Lettland gewählt.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe Englisches Gastspiel

Diese Aufführung von Shaws Komödie „Arms and the Man“, zwar nur der Abend einer Studentengruppe (Mitglieder des Halesbury College, Hertford), war wichtiger und lehrreicher als manch andre englische Veranstaltung auf dem Kontinent. Vor allem, der Abend verlief so, wie er wohl in erster Linie gedacht war: Englische Jugend spielte vor deutscher Jugend, und schon diese günstige Konstellation ergab, wie der herzliche Beifall zeigte, eine stark kameradschaftliche Verbundenheit, die zweifellos auch den politischen Zweckbegriff einer weiteren kulturellen Annäherung der Völker erheblich förderte. Dann war es natürlich äußerst instruktiv, einmal gerade ein Shaw-Stück in der englischen Auffassung, die sich von der unsrigen doch wesentlich unterscheidet, kennenzulernen. Gewiß gab es auch viele erwachsene Leute, die alle einzelnen Nebenhandlungen sofort nicht verstanden, aber verblüffend blieb trotzdem, wie leicht Anlage und Handlung zu übersehen waren, und wie das eigentlich Dramatische im Sinne des zugespitzten Effektes sich überall durchsetzte. Als Ausfluß einer typischen Charaktereigenschaft fiel uns besonders die kalte, ja gänzlich unfeinfühlerhafte Art der Darstellung auf, etwas Befremdend übrigens dadurch betont, daß auch verschiedene Frauenrollen von Männern gespielt wurden. Man könnte geneigt sein, darin einen Teil jener engstirnigen Prüberei, für die die Engländer noch heute einen gewissen und mitunter berechtigten Ruf haben, zu erkennen, wäre das nicht ebenso echte altenglische Tradition wie überhaupt die ganze stilistische Atmosphäre der Darstellung, die uns da und dort freilich recht rüchlich und veraltet dünkte. Die anonymen Gäste wetteiferten indessen in so guter Laune und in so gepflegter Rede, daß trotz dieses unwilligen beträchtlich störenden konservativen Elementes der nachdenklichere Hörer den Faden des ergötzlichen Geschehens ruhig weiter-spinnen konnte. Das einzige Unrecht, das diese auf Veranlassung der akademischen Auslandsstelle Karlsruhe zustande gekommene Aufführung beging: Sie kam zu spät. Von 1894, da dies in der deutschen Übersetzung als „Helden“ bekannt gewordene Stück der Heldenentblöhung entstand, bis heute ist eine gar lange Zeit, und an dem Gegensatz von Leben und Romantik, von realistischen Wirklichkeiten und idealistischer Poesie, auf dem damals Shaw seine Komödie aufbaute, hat sich seither viel geändert. Auch gibt es von dem irischen Satiriker Werte, die nicht nur aktueller, sondern zugleich repräsentativer zu wirken vermögen.

Aus dem Reichstag

Arbeitslosenversicherung und Kaszierung

Der Reichstag beendete am Mittwoch die erste Beratung der Vorlagen über die Vorbereitung der Finanzreform und die Übergangsregelung des Finanzausgleiches.

Der sozialdemokratische Abg. Herz begründete nochmals den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokraten zu der von den jetzigen Regierungsparteien vorgeschlagenen Kompromißregelung für die Arbeitslosenversicherung. Wenn die Sozialdemokratie der Gesamtvorlage trotz mancher Bedenken gegen die Steuerentlastungen zugestimmt hätte, so sei nicht die Sachlage geändert, nachdem die ursprüngliche Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung nicht mehr aufrechterhalten werde. Der Redner bezweifelte, daß angesichts des Agrarhilfsprogramms die Sanierung der Reichskasse überhaupt möglich sein werde.

Reichsfinanzminister Dr. Voldenhauer antwortete kurz, die Regierung werde die Sanierung durchsetzen können, allerdings nur, wenn ihre Vorlagen nicht abgelehnt werden. Die Tendenz des Hilferdingischen Finanzprogramms habe sich gar nicht von dem jetzigen Finanzprogramm unterschieden, denn auch Hilferding habe mit Zustimmung der Sozialdemokraten die überhöhten direkten Steuern abzubauen und durch indirekte Steuern ersetzen wollen.

Nachdem noch Abg. Freidel von der Wirtschaftspartei für produktive Erwerbslosenfürsorge eingetreten war, ging die Vorlage über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung in den Sozialpolitischen Ausschuß, während die übrigen Teile des Finanzprogramms dem Steuerauschuß überwiesen wurden.

Nach kurzer Aussprache wurde ein Antrag des Verheereschusses angenommen, der sich gegen die Schließung von Eisenbahnwerkstätten in Dortmund ausspricht. Dem Ausschuß überwiesen wurde ein Antrag, der gegen die Schließung von Eisenbahnwerkstätten in Breslau protestiert.

Ohne Aussprache stimmte das Haus dem Abkommen über internationale Ausstellungen zu.

Am heutigen Donnerstag, 15 Uhr, soll die zweite Beratung der vom Steuerauschuß erledigten Deckungsvorlagen der Regierung beginnen.

50 Jahre Industrie- und Handelsstag

Die Deutsche Industrie- und Handelsstag, die Spitzenorganisation sämtlicher Handelskammern, feierte am Mittwoch in Berlin sein 50jähriges Jubiläum. Zum 50. Male trat in ebendiesem Herentzen die Vollerversammlung unter Vorsitz von Franz v. Mendelssohn zusammen, der in seinen Eröffnungsworten ein stattliches Gremium von Vertretern der Reichs- und Staatsregierung und hervorragender Wirtschaftsführer zu begrüßen hatte.

Präsident Franz von Mendelssohn warf in seiner Jubiläumsansprache einen Rückblick auf die Geschichte des Deutschen Industrie- und Handelsstages, der erstmalig im Jahre 1861 in Heidelberg getagt hat. Mendelssohn wandte sich mit deutlicher Schärfe gegen den augenblicklich überhandnehmenden Zweckverstand, der meist weit über das Ziel hinausgehe. Es sei Pflicht, daß sich unsere Wirtschaft auf den neuen Reparationsplan einstelle. Sollten sich die von der Wirtschaft geforderten Leistungen als unausführbar erweisen, so müsse auch auf der Gegenseite eine bessere Erkenntnis kommen. Mendelssohn prägte schließlich den Satz: „Die Politik ist das Schicksal der Wirtschaft und damit des ganzen Volkes.“

Im Namen der Reichsregierung sprach dann Reichswirtschaftsminister Dietrich, der in einer groß angelegten Programmrede vor allem die aktuellen Agrarfragen behandelte. Die Ordnung unserer Beziehungen zu den Ost- und Südosteuropäischen Staaten sei vielleicht die wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik. Industrie und Handel hätten in den letzten Jahren eine gewaltige Leistung vollbracht. Die Ausfuhr ist seit 1925 um mehr als 4 Milliarden, d. i. um 50 Proz., gestiegen. Man dürfe daher trotz der Schwere der Zeit den Glauben an die Zukunft nicht verlieren.

Eine einstimmig angenommene Erklärung geht auf die Lage der deutschen Wirtschaft ein, die trotz allem nicht hoffnungslos sei, jedoch nur dann gedeihen könne, wenn die Voraussetzungen für den notwendigen Kapitalzufluß nach Deutschland geschaffen und so in Verbindung mit der Kosteneinstellung die notwendigen Ausweitungen der Produktion und des Absatzes erreicht werden, die unerlässlich sind, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden, das Auslandskapital zu verjagen und eine übersteigerte internationale Verschuldung abzuwehren. Für die Handelspolitik dürfe auch weiterhin lediglich der Gesichtspunkt des überziehenden Nutzens für die Gesamtheit des Volkes und der Volkswirtschaft entscheidend sein. Unter diesem Gesichtspunkt müßten die Ausfuhrerleichterungen der Industrie nach wie vor durch Erhaltung und Ausbau geeigneter Handelsverträge möglichst gefördert werden. Hierbei wird durchaus das vordringliche Bedürfnis anerkannt, die Landwirtschaft, insbesondere auch die des deutschen Ostens, zu erhalten und zu fördern. Der Gedanke einer handelspolitischen Annäherung hierzu geeigneter europäischer Länder wird einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage

Dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung für die zweite Märzhälfte zufolge hat sich die Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt weiter durchgesetzt und gegenüber der Erleichterung in der ersten Märzhälfte weiter verstärkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. März in der Arbeitslosenversicherung 2 053 987, das bedeutet gegenüber dem 15. März eine Abnahme von 204 926, und in der Krisenunterstützung 293 710, was eine Zunahme von 7 298 gegenüber dem 15. März bedeutet. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug mithin nach den Vorermeldungen der Landesarbeitsämter am 31. März 1930 2 347 077, das ist 256 000 mehr als im Vorjahre.

Die französische Sozialversicherung

Paris, 10. April. (Tel.) Der französische Gewerkschaftsverband (CGT) veröffentlicht heute in seinem Organ „Le Peuple“ einen Aufruf für die Inkraftsetzung der Sozialversicherung, die bisher für den 1. Juli vorgesehen ist. Der Senat hat jedoch kürzlich das Gesetz abgeändert, nun soll die Kammer zu dieser Änderung Stellung nehmen. Es scheint jedoch, daß innerhalb der Kammer wenig Neigung vorhanden ist, ohne Verzug Stellung zu diesen Abänderungen des Senats zu nehmen. Gegen einen Versuch, die Inkraftsetzung der Sozialversicherung hinauszuzögern, wendet sich nun in scharfen Worten der Aufruf des französischen Gewerkschaftsorgans.

Ersparnisse durch Flottenabrüstung. Wie Neuter aus Washington berichtet, erklärte der stellvert. Staatssekretär Cotton, der geplante Dreimächtepakt würde große Ersparnisse ermöglichen, die für die Vereinigten Staaten 350 Millionen Dollars und für die drei beteiligten Mächte insgesamt 900 Millionen Dollars betragen würden.

Der Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden

Zu diesem Thema schreibt der „Bad. Beobachter“ u. a.: Der Regierungsentwurf will die Steuerverteilung zwischen Land und Gemeinden zu Gunsten des Landes dahin abändern, daß die Reichsteuerüberweisungen an Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer künftig zwischen Land und Gemeinden im Verhältnis 66% zu 33% verteilt werden. Der Anteil des Landes der mit 65 v. H. vorgesehen war, stellte sich für für das Rechnungsjahr 1929 nur auf 60,97 v. H., weil aus der Gesamtteilungsmaße 500 000 M als Beihilfen für Gemeinden ausgesondert, und der dann noch verbleibende Nettbetrag, soweit er 72 Millionen überstieg, nicht mehr im Verhältnis 65 zu 35, sondern 50 zu 50, zwischen Land und Gemeinden aufzuteilen war.

Schon im Jahre 1925 hatte der Finanzminister eine Änderung des Steuerverteilungsgesetzes im Verhältnis 65 zu 35 vorgeschlagen. Damals hat der Landtag die 72-Millionen-Grenze im Widerspruch zum Vorschlag des Finanzministers eingesetzt. Vom Finanzminister wurde dieser Änderung der Regierungsvorlage nur unter Vorbehalt zugestimmt und darauf hingewiesen, daß er, wenn die Ausgabenseite des Staatsvoranschlags namentlich im Zusammenhang mit den Einnahmen durch **Besoldungserhöhung** zum Beispiel erheblich anwache, beim Landtag den Antrag auf Änderung der Steuerverteilung zu Gunsten der Landesmasse stellen werde und dabei voraussetze, das gleiche Maß von Verhältnis zu finden, das er jetzt den Gemeinden entgegenbringe.

Die Voraussetzungen für diesen Vorbehalt sind inzwischen eingetreten. Bei der Schaffung der 72-Millionen-Grenze lag der Stand der Gesamtteilungsmaße etwas unter 72 Millionen. In eine Erhöhung auf 100 Millionen, wie sie inzwischen eingetreten ist, dachte man damals nicht. Von Zentrumsseite wurde jedoch die Befürchtung geäußert, daß man durch diese Beschneidung bei den Gemeinden falsche Hoffnungen erwecke, was sich leider bestätigt hat. Insbesondere hat sich der persönliche Aufwand für die Volksschulen und Fortbildungsschulen, der nach dem Schulgesetz ausschließlich vom Land zu tragen ist, zu einer nahezu unmöglichkeit Belastung für das Land ausgewirkt.

In Baden ist von 1913 auf 1926 der Anteil des Landes von 6,1 Millionen Reichsmark auf 87,4 Millionen, also um rund 81,3 Millionen gestiegen, während der Anteil der Gemeinden sich von 18,8 Millionen auf 10,8 Millionen, also um rund 8 Millionen Reichsmark ermäßigt hat. Im Nachbarland Württemberg hat sich für 1926/27 der Anteil des Landes, verglichen mit 1913/14 von 8,8 Millionen auf nur 19,6 Millionen erhöht, bei den Gemeinden von 14,1 Millionen auf 22,3 Millionen Reichsmark.

Angesichts der schwierigen Finanzlage bleibt, wie die Regierung in der Begründung zu Artikel 18 des Gesetzentwurfs ausführt, nur der Ausweg, entweder den Lastenausgleich mit den Gemeinden zu Gunsten des Landes abzuändern, oder den Anteil des Landes an den oben erwähnten Reichssteuerüberweisungen zu erhöhen.

Würde Baden nach dem Vorschlag, den der Spartenkommissar für Hessen gemacht hat, vorgehen, und eine Staffelung der persönlichen Volksschulanteile bei Gemeinden von 1000 bis zu 50 000 zwischen 20 und 40 v. H. vorsehen, so ergäbe das für das Land Baden eine Entlastung um schätzungsweise rund 10,3 Millionen Reichsmark. In Württemberg erhöht das Land von den Gemeinden zu den persönlichen Volksschulanteilen einen Beitrag von 45 bis zu 80 v. H., wobei diese noch die Lehrerwohnung zu stellen haben. Nach dieser Regelung würde Baden um schätzungsweise mindestens 20 Millionen entlastet. Der Regierungsentwurf sieht aber nur eine Entlastung des Landes Baden um 5 Millionen vor, und wägt in Anbetrachtung an die erwähnte Regierungsvorlage zum Gesetz 1925 unter Verweisung auf den damals vom Finanzminister gegebenen Vorbehalt den Weg einer Änderung der Steuerverteilung. Dazu bedarf es der Vereinfachung der bisherigen 72-Millionen-Grenze.

Während in Baden der Anteil des Landes an der Gesamtteilungsmaße von 63,01 v. H. im Jahre 1925 auf 60,11 v. H. im Jahre 1928 zurückgegangen ist, hat sich der Anteil des Landes in Württemberg von 61,28 v. H. auf 61,70 v. H. im Jahre 1928 erhöht. Der Anteil der badischen Gemeinden ist von 36,99 v. H. im Jahre 1925 auf 39,89 v. H. für 1929 gestiegen, obwohl gerade in diese Zeit die Befolungsreform fällt, die sich durch den Volksschulanteilsausgleich für das Land besonders ungünstig ausgewirkt hat.

Um den Anteil des Landes einheitlich auf 66% v. H. zu bringen, schlägt der Gesetzentwurf vor, daß der Gemeindeausgleichsstand, der bisher in Höhe von 500 000 M vom Gesamtanteil zu entnehmen war, künftig aus der Gemeindekasse zu speisen ist, und durch Zuweisung des Landesanteils an der Mineralwassersteuer gestärkt werden soll.

Nach der von der Regierung vorgeschlagenen Neuverteilung würde also bei einer Gesamtteilungsmaße von 92 939 000 M der Anteil der Gemeinden künftig 30 979 667 M (gegen bisher weniger 4 939 833 M), der des Landes 61 959 333 M (gegen bisher mehr 4 939 833 M) betragen. Von dem Anteil der Gemeinden würden künftig auf die Kreise 1 084 288 M (gegen bisher weniger 155 394 M), auf den Beihilfensfonds 500 000 M, und auf die drei Gemeindegruppen 29 395 379 M (gegen bisher weniger 4 784 439 M) entfallen. Bei den Gemeinden mit mehr als 9000 Einwohnern würde der künftige Gruppenanteil 19 400 950 M (gegen bisher weniger 3 157 730 M), bei den Gemeinden mit mehr als 3000 und nicht mehr als 9000 Einwohnern 3 527 446 M (gegen bisher weniger 574 132 M), bei den Gemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern 6 466 983 M (gegen bisher weniger 1 052 577 M) betragen. Die Kürzung des Anteils der einzelnen Gemeinden beträgt für jede gleichmäßig rund 14 v. H. des Anteils, den sie bisher bei der Zugrundelegung einer Gesamtteilungsmaße von 92 939 000 M erhalten hätte. Die Vorschläge und Anregungen, die der Gesetzentwurf den Gemeinden zum Ausgleich der ihnen durch die Neuverteilung entfallenden Beträge enthält, sind in der Presse bereits bekannt gegeben worden.

Es ist durchaus begründet, daß die Gemeinden kritisch zu der von der Regierung vorgesehene Neuverteilung Stellung nehmen, denn sie haben ja auch schwere Lasten zu tragen. Das wird auch von der Regierung nicht verkannt. Immerhin wird man aber auch den Hinweis objektiv würdigen müssen, daß bei einer Gegenüberstellung von Land und der Gesamtheit der badischen Gemeinden die Not des Landes zum mindesten die dringlichere geworden ist.

Ebenso verdient der Hinweis des Finanzministers, daß mit der Schuldenwirtschaft ein Ende gemacht werden muß, angesichts der daraus für das Land entstehenden Gefahren ernste Beachtung.

Kommunistenberichterstattung bei Opel. Bei den Betriebsratswahlen in den Opelwerken haben die Kommunisten eine schwere Niederlage erlitten. Sie erhielten 1469 Stimmen gegen 3279 im Vorjahre. Auf die freien Gewerkschaften entfielen 4811 (4392), auf die christlichen Gewerkschaften 515 (245). Die Belegschaft war im Vorjahr um etwa 1000 Mann stärker.

Fluggeländungsplatz im Innern Londons
W.D. London, 10. April. (Tel.) „Daily Herald“ zufolge wird geplant, im Herzen von London einen großen Landungsplatz für Flugzeuge zu schaffen, der sich 90 Meter über der Erde befindet, 200 Meter breit und ebenso lang sein sollte. Gegenwärtig sei man noch auf der Suche nach einem geeigneten Platz, da das anfangs in Aussicht genommene Dach der Waterloo-Eisenbahnstation sich als ungeeignet herausstellte. Zweck der Maßnahme sei, der britischen Zivilluftfahrt einen Vorteil gegenüber den ausländischen Zivilluftzeugen zu geben, die den außerhalb London gelegenen Flugplatz Croydon als Landungs- und Abflugplatz benutzen müssen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(53. Sitzung)

D. Karlsruhe, 10. April.

Eingegangen ist außer dem Finanzgesetz ein Gesetzentwurf über die Förderung des Wohnungsbaues.

Gesuche liegen vor: des Verbandes bad. Gemeinden, des Bad. Industrie- und Handelsverbandes und des Bad. Städteverbandes und Bad. Städtebundes zum Finanzgesetz. Der Vereinigung der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten im Bräutertopfbereich betr. die örtlichen Sonderzuschläge und eine Eingabe der ärztlichen Landeszentrale für Baden, die sich gegen die Heranziehung der badischen Ärzte zur Gewerbesteuer richtet.

Kurze Anfrage

des Abg. Merk (Nat.-Soz.) wegen der Arbeitsvergebung für das Schlachthaus wird regierungsfreudig dahin beantwortet, daß bei der Eigenart des Unternehmens wohl ein Wettbewerb ausgeschlossen werden müßte. Die Regierung habe keinen unmittelbaren Einfluß auf die Vergabe der Arbeiten, werde aber den Vorstand der Schlachthaus-Ges., im Sinne der kurzen Anfrage unterrichten, in der gewünscht wird, daß die Bauunternehmer der Gegend nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Präsident Duffner erteilt sodann dem sozialdemokratischen Abg. Maier wegen des in der letzten Sitzung gegenüber der Opposition gebrauchten Ausdrucks „Schindlerpolitik“ nachträglich einen Ordnungsruf, den er schon damals habe aussprechen wollen. Ein Ordnungsruf wäre aber in dem fortgeführten Vorn untergegangen. Der Präsident fügt hinzu, er habe die Pflicht, den einzelnen Abgeordneten und die Parteien gegen unzulässige Angriffe zu schützen, aber auch das Recht, für sich zu verlangen, daß man seiner Aufforderung zur Ruhe Gehör gibt. Das sei in der letzten Sitzung nicht geschehen.

Voranschlag des Finanzministeriums

In die Berichterstattung teilen sich die Abg. Seubert (Zentr.) und Dr. Walder (D. Sp.). Der Gang der Verhandlungen im Haushaltsauschuß wie auch die dort gefassten Beschlüsse sind bereits bekannt.

Die Koalitionsparteien haben im Landtag folgenden Antrag zum Voranschlag des Finanzministeriums für die Rechnungsjahre 1930 und 1931 eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:
Der Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1930/31 wird wie folgt geändert:

Hauptabteilung VII — Finanzministerium — Erster Teil.

1. Ausgabe Kapitel 4 „Domänen und Forsten“

a) Titel 39 — Holzabfuhrwege — unter II b statt 500 000 Reichsmark ist zu setzen „470 000 RM“.
Der Gesamtvoranschlagsatz von 950 000 RM ermäßigt sich auf 920 000 RM.

b) Titel 40 — Gemeindeförderung — Kreis- u. Landstraßen — unter II b statt 135 000 RM ist zu setzen „110 000 RM“.
Der Gesamtvoranschlagsatz von 212 500 RM ermäßigt sich auf 187 500 RM.

c) Titel 41 — Waldkultur — statt 600 000 RM ist zu setzen „580 000 RM“.

d) Titel 42 — Juridiction der Waldzeugnisse — ist unter Berücksichtigung des bereits beschlossenen Abstrichs von 40 000 RM und eines weiteren Abstrichs von 125 000 RM statt 4 554 000 RM zu setzen „4 389 000 RM“.

2. Ausgabe Kapitel 6 A „Wasser- und Straßenbau“

Titel 27 — Unterhaltung und Verbesserung der Landstraßen — statt 8 792 500 RM ist zu setzen „7 792 500 RM“.
Absatz 2 der Erläuterung erhält folgende Fassung:

„Die Anforderung erhöht oder vermindert sich um den Betrag, um den sich der Eingang an Kraftfahrzeugsteuer gegenüber dem Haushaltsatz von 8 300 000 RM erhöht oder vermindert. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Gemeinden nach § 18 des Straßengesetzes (Einnahme, Kapitel 4 A Tit. 3 a), aus dem etwaigen Anteil an der Vermögenssteuer (Einnahme, Kapitel 1 Titel 4) und 700 000 Reichsmark aus dem Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer (Einnahme, Kapitel 1 Titel 3) werden zur Deckung von Verpflichtungen aus der Landstraßenanleihe (Ausgabe, Kapitel 13 B Titel 1 a) und zur Deckung der Restkosten (D. 3. 109 a) und zur teilweisen Verteilung des Personalaufwands für die Landstraßen verwendet.“
Die Entzifferung in der nachfolgenden Erläuterung ändert sich entsprechend.

3. Einnahme Kapitel 6 A „Verschiedene Einnahmen“

Titel 9 — Erwirtschaftete Zinsen der Amortisationskasse — statt 300 000 RM ist zu setzen „450 000 RM“.

4. Anlage 1 „Haushalt der Amortisationskasse“

a) Ausgabe Titel 13 — Ablieferung an erwirtschafteten Zinsen — statt 300 000 RM ist zu setzen „450 000 RM“.

b) Einnahme Titel 2 — Aus der Beteiligung Badens an wirtschaftlichen Unternehmungen — statt 2 136 950 RM ist zu setzen „2 286 950 RM“.

Hauptabteilung VII — Finanzministerium — Zweiter Teil.

5. Ausgabe Kapitel 2 „Steuerverwaltung“

a) Titel 2 — Anteil der Gemeinden und Kreise an der Überweisung aus der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer — statt 30 980 000 RM ist zu setzen „32 528 700 RM“.

Die Erläuterung ändert sich entsprechend.
b) Titel 5 — Überweisung aus dem Ertrag der Gebäude-sondersteuer an die Wohnungsfürsorge — statt 8 686 000 RM ist zu setzen „5 900 000 RM“.

6. Einnahme Kapitel 1 „Steuerverwaltung“

a) Titel 1 — Überweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie aus der Umsatzsteuer.
Die Erläuterung auf Seite 74 wegen Abführung des Gemeindeförderungsbetrags ändert sich entsprechend dem gleichzeitigen Antrag wegen Änderung von Artikel 18 des Finanzgesetzes.

b) Titel 3 — Überweisung aus der Kraftfahrzeugsteuer — statt 8 600 000 RM ist zu setzen „8 300 000 RM“.

c) Titel 9 — Steuern vom Grundvermögen und vom

Gewerbebetrieb — statt 37 500 000 RM ist zu setzen „35 800 000 RM“.

Die Erläuterungen ändern sich entsprechend.

d) Titel 11 — Notabgabe (Einkommensteuer) — Anteil des Landes.
Der Betrag von 1 300 000 RM wird gestrichen.

Hauptabteilung III — Ministerium des Innern —

7. Einnahme Kapitel 1 A „Bezirksverwaltung“
Titel 4 — Aus Verwaltungsgeldern — statt 3 400 000 RM ist zu setzen „4 200 000 RM“.

8. Anlage 1 — „Wohnungsfürsorge“
a) Einnahme Titel 1 — Landesanteil an der Gebäude-sondersteuer — statt 9 676 000 RM ist zu setzen „5 900 000 Reichsmark“.

b) Einnahme Titel 4 — Schuldaufnahme — statt 7 000 000 Reichsmark ist zu setzen „9 000 000 RM“.
Karlsruhe, den 9. April 1930.

Dr. Baumgartner
Dr. Kaufmann
Maier
Rückert

Die allgemeine Aussprache

wofür die Redezeit wiederum kontingiert ist, eröffnet Abg. Sonitel (Zentr.). Er sieht im Finanzministerium die Wirtschaftsstelle des Landes, die für alle Zweige des Staatslebens die Mittel bereitzustellen hat. Der Redner will heute den technisch-wirtschaftlichen Teil des Ministeriums besprechen. Rationalisierung sei kein Schlagwort, sondern eine Notwendigkeit. In der Güterverteilung herrsche noch Unordnung. Nicht gesund sei es, für den gleichen Zweck die gleiche Strecke mehrere Verkehrsmittel einzusetzen. Die Straßen- und Umlagepläne müßten vereinfachen infolge der Eisenbahntarifpolitik. Den Wünschen der Bevölkerung des Lahrer Nied hinsichtlich der Konzeptionierung von Kraftwagenlinien sollte man entgegenkommen. Ob die Schiffahrt nach Württemberg die Aufwendungen für die Redarkanalisation lohnt, begegne lebhaftem Zweifel. Doch seien die auf Baden entfallenden Kosten nicht allzu hoch und Orte des Redarales hätten gewonnen. Der Redner fordert Zentralisierung des gesamten Verkehrswezens einschließlich des Kraftwagenverkehrs. Letzterem müsse man im volkswirtschaftlichen Interesse geeignete Straßen geben, die sich nicht so rasch abnutzen und die auch den Kraftwagenverkehr auf ein geringes Maß herabdrücken. Der Beschluß des Landtages, mit der Weiterführung des Straßenbauprogramms von 1925 abzugeben und erst die Erfahrungen in anderen Ländern abzuwarten, habe sich als richtig herausgestellt. Die Wichtigkeit, bald an die dezentrale Straßenerhaltung im Taubergrund heranzutreten, sei lebhaft zu begrüßen. Leider sei es nicht möglich gewesen, die kleinen Landgemeinden noch weiter von den Straßenkosten zu entlasten. Hoffentlich gelinge es bei Bekämpfung der Finanzlage, mehr Mittel der Kraftfahrzeugsteuer abzugeben. Für Zwecke der Landeskultur sollte man erheblich größere Beträge aufwenden. Die Bereitstellung von Neuland für die Landwirtschaft würde sich segensreich nach den verschiedensten Richtungen auswirken. Vorbildlich in dieser Beziehung gehe die Domänenverwaltung vor. Mit der Feldbereinigung sei man in Baden leider noch etwas zurück. Man möge in der Kostenfrage den Gemeinden entgegenkommen, um so den Anreiz zu stärken. Der Verbrauch des Wassermangels in verschiedenen Gemeinden müsse mehr Beachtung geschenkt werden. Mit Wasserkraft sei das Land genügend versorgt, doch sei es nicht schön, wie das Badenwerk dem Gasverbrauch entgegenzuwirken. Das Wagnis der Kalkwerke in Buggingen sei gelungen. Die staatlichen Betriebe lägen in guten Händen und die leitenden Persönlichkeiten verdienten Anerkennung.

Abg. Heib (Sozdem.) führt aus, es handle sich bei diesem Etat um die Erwerbsentfaltung des Staates. Zu allgemeinen wirtschaftspolitischen Ausführungen übergehend, wendet sich der Redner gegen Bestrebungen, die sozialen Erwerbsfragen abzubauen. Die Beamten seien so einseitig, daß sie in dieser Hinsicht von Anträgen auf Gehaltsverbesserungen absehen müßten. Für die Waldarbeiter sollte die gesetzliche Ruhegeldversorgung eingeführt werden. Der Redner vertritt die Forderung der badischen Holzwirtschaft, die gleichfalls schwer unter der Tarifpolitik der Reichsbahn zu leiden hat. Die Feld- und Flurbereinigung sowie die Wasserwirtschaft sollten in einer Hand zusammengeleitet werden. Das Tempo der Aufnahme von Kreisstraßen in den Landstraßenverband möge man im Interesse des Straßenbaues beschleunigen. Die Sozialdemokraten sind dafür, daß der gesamte Kraftwagenverkehr von der öffentlichen Hand übernommen wird. Die öffentlichen Verkehrsmittel sollten alle an einer Stelle beim Reich vereinigt werden. Bonitäten sei ferner ein einheitliches Wegerecht. Der Redner beschließt sich dann mit den wirtschaftlichen Betrieben des Staates, mit denen es bemerkenswert vorwärts gehe. Einwände gegen die Verwaltung seien unbedeutend. Die Sozialdemokraten begrüßten diese Ansätze einer Gemeinwirtschaft.

Gegen 1 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.
Heute nachmittag 1/4 Uhr wird der Haushaltsauschuß eine Aussprache mit den Stadtvertretern über den Finanzausgleich haben.

Zum Tode der Königin Viktoria von Schweden

Anläßlich des Heimgangs der Königin Viktoria von Schweden hat der Evangelische Oberkirchenrat dem König Gustav und der Großherzogin Hilda die herzliche Teilnahme der Evangelischen Landeskirche Badens ausgesprochen. Als Zeichen dieser Teilnahme läßt der Evangelische Oberkirchenrat einen Kranz an der Bahre der verstorbenen Königin auf ihrer letzten Fahrt durch Deutschland in München niederlegen.

Der Offiziersverein der Badischen Leibgrenadiere hat in einem Telegramm an den König von Schweden sein Beileid ausgesprochen. Im Namen des Offiziersvereins wird bei der Beileidung der ehemaligen badischen Prinzessin ein Schwarzwaldbrot als letzter Gruß aus der Heimat niedergelegt werden.

25jähriges Jubiläum der Goldschmiedeschule Pforzheim

An Ostern 1905 sind 25 Jahre verstrichen, daß die Goldschmiedeschule in Pforzheim als selbständige Industrieschule besteht. Gleichzeitig feiert der Leiter der Anstalt, Direktor Rudolf Müllin sein 25jähriges Jubiläum als Direktor der Schule, und die beiden Studienräte Mejer und Pfeiffer als Lehrer an der Schule.

Aus diesem Anlaß fand am Donnerstag eine Feier statt, bei der Oberbürgermeister Gündert der Schule eine Jubiläumsspende von über 16 500 RM überreichte, dem Ergebnis einer Sammlung, zu der die Stadt Pforzheim, der Kreis Karlsruhe, der Arbeitgeberverband, der Kunstgewerbeverein, die Zeitungsverlage, die Industrie und die Gewerkschaften trotz wirtschaftlich schwerer Zeiten namhafte Beiträge beigetragen haben. In Anerkennung der hohen Verdienste des Schulleiters, Direktor Müllin, erhielt die Spende den Namen „Direktor-Rudolf-Müllin-Schenkung“. Jubiläumsspende der Stadt Pforzheim und ihrer Industrie. Die Zinsen der Schenkung werden verwendet für 1. Stipendien zum Besuch von Sonderkursen zwecks Weiterbildung, 2. Reisebeihilfen für Schüler des 3. Jahrganges zum Besuch auswärtiger Museen.

Ausbildungslehrgang für Film- und Lichtbildvorführungen in Schule und Jugendpflege

Vom 24.—29. April veranstaltet die Bild- und Filmarbeitsgemeinschaft Oberrhein, in der Lehrer aller Schulgattungen tätig sind, in Karlsruhe einen Ausbildungslehrgang für Lehrer aller Schulgattungen. Es werden die einschlägigen Gebiete der Elektrizität, der Optik, der Geographie, die verschiedenen Film- und Lichtbildapparate, sowie die Organisation und Methodik des Lehrfilm- und Lichtbildwezens behandelt. Jeweils nachmittags sind praktische Übungen an Apparaten und Geräten, so daß die Kursteilnehmer direkt in die Praxis eingeführt werden. Näheres ist aus dem Amtsblatt des badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts ersichtlich.

Stipendien aus der Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung

Aus der Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung ist ein Reise- und Studienstipendium im Betrage von 500 RM an einen begabten badischen Musiker zu vergeben.

Berechnungen sind unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Studien-, Zeugnis-, Geburts- und Vermögenszeugnis, Staatsangehörigkeitsausweis) binnen 4 Wochen beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Aus der Landeshauptstadt

Die nächste Tagung des Schwurgerichts beginnt am 28. April. Der Fall des Kriminalkommissars Werner und der Ehefrau Nerke, die des Mordes beschuldigt werden, soll am Montag, dem 12. Mai, vor das Schwurgericht kommen. Zu der Verhandlung sind 46 Zeugen geladen, und man rechnet mit einer mehrtägigen Verhandlung. Werner ist seit geraumer Zeit wieder im Karlsruher Bezirksgefängnis untergebracht.

Zur Warnung. Zwei Kaufleute und ein Verbandsbeamter, die Gerichte über angebliche Durchschereien und sonstige Unregelmäßigkeiten in städtischen Ämtern verbreitet hatten, erhielten auf Strafantrag des Karlsruher Stadtrats empfindliche Geldstrafen.

Zahrlässige Körperverletzung. Am 22. Dezember v. J. hatte sich Ede Markgraf und Kreuzstraße ein Zusammenstoß zwischen Polizeiauto und Taximeter ereignet, wobei ein Ehepaar leichter, ein auf der Straße stehendes junges Mädchen aber schwer verletzt wurde. Nunmehr hatten sich der Chauffeur des Polizeiautos, Ludwig Reith, und der Führer des Taximeters, Karl Effis, wegen Vergehens gegen das Kraftfahrzeuggesetz in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung vor dem Schwurgericht zu verantworten. Beide wurden zu einer Geldstrafe von je 200 RM evtl. 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Colosseum. Am Montag, den 14. April, findet ein feines Gastspiel der Sensation- und Lachbühne Berlin im Colosseum-Theater statt. Zur Aufführung gelangt das Detektivstück von Edgar Wallace „Der Mann, der seinen Namen änderte“. Dem Ensemble geht ein guter Ruf voraus; ist doch der Name Edgar Wallace sowohl durch seine Romane als auch durch seine spannenden Bühnenwerke, wie „Dexter“, „Zinker“ usw. in weitesten Kreisen bekannt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das im Westen erscheinende Teillied, das heute an der französischen Westküste liegt, hat den Zustrom feuchter Luft aus Ostdeutschland nach unserem Gebiet bewirkt. Dabei ist schon gestern Bewölkung aufgezogen. Das Tief wird voraussichtlich in der Hauptsache südlich der Alpen weiterziehen, so daß für unser Gebiet vorerst keine wesentliche Änderung bevorsteht. Wetterausblick: Zeitweise wolkig, bei schwacher Luftbewegung, vorwiegend trocken, Temperaturen unverändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 10 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält neben einer Bekanntmachung des Ministers des Innern über die Ein- und Durchfuhr von lebenden Tieren usw. aus dem Ausland Bestimmungen des Ministers des Innern über die Deutsche Arzneitaxe 1930, des Justizministers und des Ministers des Innern über das Wiederinkrafttreten der Rachtshukordnung.

D. Heidelberg, 10. April. Wie bekannt, hatten die Arbeitnehmerverbände den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch im Heidelberger Einzelhandel angenommen. Nunmehr haben sich auch die Arbeitgeber entschlossen, dem Schiedsspruch zuzustimmen, der damit Rechtskraft erhält.

D. Heidelberg, 9. April. Die Redarkiffahrts-AG, Seilbrunn, wird am 18. Mai die fahplanmäßigen Personenaufnahmen nach allen Redarkstationen wieder aufnehmen.

Bl. Rheinfelden, 9. April. Bei einer durch die F. G. Farbenindustrie, Werk Rheinfelden, in der Nähe der Stadt ausgeführten Tiefbohrung wurde ein starkes Salzlager von zirka 17 Metern Mächtigkeit erschlossen.

Bl. Basel, 9. April. Der Streik der Holzarbeiter in Basel, der seit etwa 6 Wochen andauert, hat nun durch die starke Agitation der Kommunisten auch auf die Maurer übergegriffen, so daß das gesamte Baugewerbe in Basel stillliegt. Infolge der Arbeitslosigkeit in Oberbaden hatten sehr viele badische Bauhandwerker in Basel Beschäftigung gefunden, die nun ebenfalls von dem Streik betroffen sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. April		9. April	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.05	168.39	168.10	168.44
Kopenhagen 100 Kr.	112.06	112.28	112.07	112.29
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.94	21.98
London . . . 1 Pf.	20.359	20.399	20.358	20.398
New York . . 1 D.	4.185	4.193	4.1855	4.1935
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.425	16.375	16.425
Schweiz . . . 100 Fr.	81.11	81.27	81.105	81.265
Wien 100 Schilling	68.365	69.085	68.975	69.095
W Prag . . . 100 Kr.	12.395	12.415	12.393	12.414

Depression im Mannheim-Ludwigshafener Bezirk. Wie die „N. Bad. Landesztg.“ berichtet, sind neue Arbeiterentlassungen und weitere Einschränkungen großer industrieller Betriebe gerade in den letzten Tagen durchgeführt worden oder stehen jetzt vor der Durchführung. Die Rheinische Gummi- und Cellulose-Fabrik Mannheim-Redarau, die sowohl in einigen Abteilungen ihres Wertes in Redarau als auch in Rheinau verfertigt arbeitet, hat vor einiger Zeit ihre Kampferfabrik stillgelegt. Es sind dabei einige Hundert Arbeiter zur Entlassung gekommen. In Ludwigshafen hat die chemische Fabrik Gebr. Gunkel etwa 140 Arbeiter entlassen, zum Teil haben die Betroffenen ihr Arbeitsverhältnis schon beendet, zum Teil wird es in den nächsten Tagen geschehen. Im ganzen beschäf-

